

A. Gesetzesinfos

1. Novelle zu § 203 StGB – Ausweitung der strafbewehrten Schweigepflicht

Am 09.11.2017 ist die Novelle zu § 203 StGB in Kraft getreten, die unter bestimmten Umständen die Ausweitung der strafbewehrten Schweigepflicht auf Dienstleister regelt. Auftragsverarbeiter lassen sich zukünftig leichter und nunmehr rechtssicher in die Betriebsabläufe integrieren (http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl117s3618.pdf).

2. DSG-EKD – neues Datenschutzgesetz der evangelischen Kirche

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat mit Zustimmung der Kirchenkonferenz das neue DSG-EKD beschlossen (https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/s17-8-3-Beschluss-Datenschutzgesetz.pdf).

3. KDO – neues Datenschutzgesetz der katholischen Kirche

Die Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands hat ein neues Datenschutzgesetz für die katholische Kirche in Deutschland verabschiedet (<https://www.datenschutz-kirche.de/sites/default/files/KDG%20i.d.%20Fassung%20des%20Beschlusses%20der%20VV%20vom%2020.11.2017.pdf>).

4. ePrivacy-Verordnung

Nach dem LIEBE-Ausschuss hat nun auch das EU-Parlament dem Entwurf der ePrivacy-Verordnung zugestimmt (<https://netzpolitik.org/2017/eprivacy-wichtiger-etappensieg-fuer-nutzerrechte-im-eu-parlament/>). Ob die ePrivacy-Verordnung eine gute Idee ist, daran gibt es jedoch erhebliche Zweifel. Eine Studie des BMWi deckt die Problematik auf (http://www.wik.org/fileadmin/Studien/2017/2017_ePrivacy-BMW.pdf).

5. Neues Datenschutzgesetz der evangelischen Kirche

Am 15.11.2017 wurde das neue DSG-EKD verabschiedet (https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/s17-8-3-Beschluss-Datenschutzgesetz.pdf).

B. DSGVO

1. Webseiten mit fortlaufenden Materialien zur DSGVO

Artikel 29 Gruppe: http://ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item_id=50083

Datenschutzkonferenz: https://www.lda.bayern.de/de/datenschutz_eu.html

GDD-Praxishilfen: <https://www.gdd.de/gdd-arbeitshilfen/praxishilfen-ds-gvo/praxishilfen-ds-gvo>

2. Verlautbarungen der Behörden zur DSGVO

Die bisherigen Verlautbarungen der Behörden zur DS-GVO finden sich unter:
<https://www.haerting.de/de/neuigkeit/datenschutzbehoerden-und-die-dsgvo>

3. Online-Tool zur Selbsteinschätzung zur Umsetzung DSGVO

Das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht hat ein Online-Tool zur Selbsteinschätzung für Unternehmen in Vorbereitung der EU-Datenschutzgrundverordnung (<https://www.lida.bayern.de/tool/start.html>) auf seiner Webseite zur Verfügung gestellt.

4. Niedersachsen veröffentlicht Fragebogen zur Umsetzung der DS-GVO

Die Aufsichtsbehörde für Datenschutz in Niedersachsen hat einen Fragebogen zur Umsetzung der DS-GVO veröffentlicht (<https://www.lfd.niedersachsen.de/download/124239>). Diese Checkliste bietet einen guten Überblick für den eigenen Standort oder für Fragen an den eigenen Datenschutzbeauftragten.

5. Leitfäden der Art. 29 Gruppe

Die Artikel 29 Gruppe hat mehrere Leitfäden zu den Themen Datenportabilität (WP 242), Datenschutzbeauftragter (WP 243) und Aufsichtsbehörde (WP 244) etc. veröffentlicht – nun auch auf Deutsch – veröffentlicht (http://ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item_id=50083).

6. Studie Datenportabilität

Die Stiftung Datenschutz hat eine Studie (Langfassung: <https://stiftungdatenschutz.org/fileadmin/Redaktion/Datenportabilitaet/studie-datenportabilitaet.pdf> - Kurzfassung: https://stiftungdatenschutz.org/fileadmin/Redaktion/Datenportabilitaet/kurzversion_studie_datensportabilitaet.pdf) veröffentlicht.

7. Datenschutz-Folgenabschätzung

Das ULD (Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz in Kiel) hat eine Veröffentlichung zur Umsetzung der Datenschutz-Folgenabschätzung bereit gestellt (<https://datenschutzzentrum.de/uploads/datenschutzfolgenabschaetzung/20171106-Planspiel-Datenschutz-Folgenabschaetzung.pdf>).

Die französische Aufsichtsbehörde CNIL bietet eine eigene Software zum Thema an, die neben französisch auch auf englisch verfügbar ist (<https://www.cnil.fr/en/open-source-pia-software-helps-carry-out-data-protection-impact-assesment>).

8. Muster-Vertrag zur Auftragsverarbeitung

Der BayLDA hat einen eigenen Muster-Vertrag zur Auftragsverarbeitung veröffentlicht: https://www.lida.bayern.de/media/muster_adv.pdf.

9. Fragebogenaktion an Arztpraxen

Der Landesbeauftragte in Mecklenburg-Vorpommern hat an Arztpraxen einen Fragebogen versandt (<https://www.datenschutz-mv.de/datenschutz/publikationen/Fragebogenaktion>), um den Umsetzungsgrad bzw. die Umsetzungsbereitschaft niedergelassener Ärztinnen und Ärzte abzufragen und Unterstützung anzubieten (https://www.lida.bayern.de/media/muster_adv.pdf).

C. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Mandantsbezogene Daten an Finanzamt

Das Finanzamt hat das Recht zu Zwecken der Prüfung von Umsatzsteuerfragen mandantsbezogene Daten von Anwälten übermittelt zu bekommen, so der BFH mit Urteil vom 27.09.2017, Az.: XI R 15/15. Diese Rechtsprechung ist wohl auch auf Gesundheitsdaten zu übertragen.

2. Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch Verwendung von Zitaten aus privatem Email-Verkehr

Das LG Hamburg hat mit Urteil vom 10.03.2017, Az.: 324 O 687/16 die Verwendung von Inhalten aus einem privaten Email-Verkehr für journalistische oder sonst offenbarende Zwecke als Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts gewertet, da sich die Beteiligten bei einer privaten geführten Korrespondenz auf Vertraulichkeit verlassen können müssen.

3. Kein Löschananspruch eines Arztes gegen Sterne-Bewertung von Google

Das LG Augsburg hat mit Urteil v. 17.07.2017, Az.: 022 O 560/17 den Löschananspruch eines Arztes gegen die Bewertung mit nur einem Stern zurückgewiesen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung darf auch dann nicht eingeschränkt werden, wenn die bewertende Person nie Patient in der Praxis gewesen war.

4. Verlinkung von Streitbeilegungsplattform

Das OLG Hamm hat mit Beschluss vom 03.08.2017, Az.: 4 U 50/17 als Voraussetzung für die Verlinkung auf eine Streitbeilegungsplattform die Anklickbarkeit, also einer automatischen Weiterleitung auf die QS-Plattform angesehen.

5. Keine Bekanntgabe der zu einem Rettungseinsatz gespeicherten Mobilfunknummer eines Notrufmelders

Das OVG Hamburg hat mit Beschluss vom 13.09.2017, Az.: 3 Bs 178/17 den Auskunftsanspruch einer verunfallten Person auf Bekanntgabe der Mobilfunknummer der Person, die den Unfall gemeldet hatte, mangels datenschutzrechtlicher Befugnisnorm zurückgewiesen.

6. Nach 6 Jahren kein Recht auf Vergessen

Das LG Frankfurt/M. hat mit Urteil vom 26.10.2017, Az.: 2-03 O 190/16 einen Löschantrag des Klägers gegen Google wegen Löschung von Angaben zu seiner Person in Rahmen eines Insolvenzverfahrens zurückgewiesen und den Zeitpunkt der Berichterstattung von vor sechs Jahren als zu kurz angesehen.

7. Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch gewährt kein Akteneinsichtsrecht – Kopierkosten rechtmäßig

Ein datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch führt nicht zu einem generellen Akteneinsichtsrecht, so das AG München mit Urteil vom 08.08.2017, Az.: 172 C 1891/17. Das bedeutet, dass § 630g Abs. 2 Satz 2 BGB Grundlage für Akteneinsichtsrechtekosten (Kopierkosten) darstellt.

8. Fremdenfeindliche Äußerungen in kleiner WhatsApp-Gruppe begründen keine Kündigung

Das ArbG Mainz hat mit Urteil vom 15.11.2017 die fristlose Kündigung von vier Mitarbeitern der Stadt Worms zurückgewiesen, die fremdenfeindliche Bilder ausgetauscht hatten. Im Nachgang zur

Rechtsprechung des BAG (z. B. NZA 2010, 698) machte das ArbG deutlich, dass vertrauliche Inhalte nicht zu Lasten des äußernden Arbeitnehmers gehen dürfe.

D. Sonstiges

1. Berufsgeheimnisträger – wie Ärzte – müssen ihre Emails verschlüsseln

Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte und Sozialarbeiter müssen ihre E-Mail bzw. elektronische Kommunikation verschlüsseln, sonst verstoßen sie als Berufsgeheimnisträger möglicherweise gegen § 203 StGB, so der sächsische Datenschutzbeauftragte in seinem 8. Tätigkeitsbericht (https://www.saechsdsb.de/images/stories/sdb_inhalt/noeb/taetigkeitsberichte/8-TB-Endfassung-Version-5.pdf).

2. Der neue IT-Grundschutz: Modernisierung erfolgreich abgeschlossen

Der IT-Grundschutz des BSI wurde grundlegend überarbeitet und steht nun nach Abschluss der Arbeiten zur Verfügung (https://www.bsi.bund.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse2017/IT-Grundschutz_Modernisierung_11102017.html).

3. Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Informationssicherheit an Kliniken

UP KRITIS Branchenarbeitskreises Medizinische Versorgung hat eine Veröffentlichung „Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Informationssicherheit an Kliniken“ online gestellt (https://www.kritis.bund.de/SubSites/Kritis/DE/Aktuelles/Meldungen/170816_Handlungsempfehlung_Kliniken.html).

4. Impressumspflicht: FAQ, Anleitungen und Rechtssprechungsübersicht

„Impressumspflicht: FAQ, Anleitungen und Rechtssprechungsübersicht“ so lautet die sehr informative Seite der it-kanzlei münchen mit diversen Fragen rund um das Thema „Impressum“ (<http://www.it-recht-kanzlei.de/impressum.html>).

E. Sonstiges

Kommende EU-Geschäftsgeheimnis-Richtlinie

Das itm hat einen Podcast zur geplanten EU-Geschäftsgeheimnis-Richtlinie online gestellt, die einen Sachstandsüberblick eröffnet (<http://www.uni-muenster.de/Jura.itm/hoeren/podcast-die-eu-geschaeftsgeheimnis-richtlinie>).



Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon.